

Warum wir das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall und die Unterschriftensammlung von ver.di nicht unterstützen können...

Die IG Metall und andere DGB-Gewerkschaften haben im Juni ein Arbeitnehmerbegehren gestartet, mit dem die IG Metall „ein Angebot für eine andere Politik“ machen und den ArbeitnehmerInnen ermöglichen will, „ein Bekenntnis, ein politisches Votum für eine andere Politik“ abzugeben. (Jürgen Peters in metall 6/2004, 10)

Auch ver.di hat eine bundesweite Unterschriftensammlung für eine soziale Reformpolitik begonnen.

Wir stimmen mit einer ganzen Reihe von Forderungen überein. Aber einige zentrale Punkte machen es uns nicht möglich, beide Unterschriftensammlungen insgesamt zu unterstützen.

Steuern

Die IG Metall fordert ein „gerechteres, einfacheres und ergiebigeres Steuersystem - mit einer Vermögenssteuer, die große Vermögen ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt.“ Ähnlich auch ver.di.

- IG Metall und ver.di erklären einen Spitzensteuersatz von 45% für einen „gerechteren Steuertarif“, obwohl beide Gewerkschaften vorher die Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5% auf 45% als ungerechtes Steuergeschenk für Großverdiener angegriffen hatten. Nachdem die Senkung umgesetzt ist, wird sie jetzt für gerecht erklärt. 45% erscheinen als „gerechter“ im Verhältnis zu den 42%, die ab 1.1.2005 in Kraft treten. Und die werden wieder als „gerechter“ erscheinen im Verhältnis zu den 35%, die die Arbeitgeberverbände anstreben. Wir treten für die Rücknahme der Senkung des Spitzensteuersatzes an.
- IG Metall und ver.di erklären einen Grundfreibetrag von 8.000€ als „gerechter“ im Verhältnis zum bisherigen „gerechten“ Freibetrag von 7.664€. 8.000€ jährlich sind 667€ monatlich. Die Betrag liegt deutlich unterhalb des Sozialhilfebedarfs eines Erwerbstätigen und unterhalb der Pfändungsfreigrenze von 930€. Seit wann halten Gewerkschafter die Besteuerung des Existenzminimums für gerecht?
- Die IG Metall tritt für einen Körperschaftsteuersatz von 30% ein. Die Regierung hatte ab 1.1.2001 den Steuersatz für Kapitalgesellschaften von 40% auf 25% gesenkt. Die IG Metall akzeptiert also im Wesentlichen die Gewinnsteuersenkungen für das Kapital. 30% bezeichnet die IG Metall auch noch als „solidarische Einfachsteuer“. Als

ob Gewinnsteuersenkungen für das Kapital irgendetwas mit Solidarität bzw. Gerechtigkeit zu tun hätten. Ver.di stellt gar keine Forderung zur Höhe des Körperschaftssteuersatzes auf, hält also die Senkung auf 25% für gerecht. Beide Gewerkschaften sehen es allerdings als noch gerechter an, wenn die Vermögenssteuer wieder eingeführt würde. Wir sind ebenso wie IG Metall und ver.di für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Mit Gerechtigkeit hat das allerdings nichts zu tun. Oder soll die wachsende Ungleichheit zwischen arm und reich dann gerecht sein, wenn die Reichen ein bisschen von ihrem Reichtum abgeben?

Die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen muss auf der Tagesordnung stehen.

Es ist zwar eine „andere“ Politik als die der Bundesregierung, wenn IG Metall und ver.di sich mit den Gewinnsteuersenkungen im Wesentlichen einverstanden erklären und die dadurch entstehenden Haushaltslöcher mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer schließen wollen. Die Richtung dieser Politik ist aber identisch mit der der Bundesregierung und des Kapitals insgesamt, Unternehmensgewinne niedriger zu besteuern. In dieser Beziehung ist es keine andere, sondern dieselbe Politik. Wir lehnen die ganze Richtung ab.

Sozialversicherung

- Wenn die Kranken- und Rentenversicherung paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird, ist sie damit noch keine solidarische Versicherung, die die Solidarität zwischen Kapital und Arbeit ausdrückt, wie ver.di meint. Zahlungen im Fall von Krankheit und Alter gehören zu den notwendigen Kosten der Ware Arbeitskraft, sind Teil des Lohns. Das Kapital zahlt Löhne nicht aus Solidarität, sondern um die Arbeitskräfte in Schuss zu halten, durch deren Nutzung es sich vermehrt.
- Wir lehnen alle Vorschläge ab, die auf die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten und damit der Erhöhung der Unternehmensgewinne abzielen. Sinkende Beiträge für Lohnabhängige werden mit Kürzungen bzw. mit zusätzlichen Zahlungen aus den Löhnen erkaufte, die die Vorteile der Beitragssenkung wieder auffressen. IG Metall und ver.di lassen das offen.

Sie fordern allerdings beide die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung. Wir sehen das als eine

Form der Privatisierung der Rentenversicherung im Interesse der Finanzkonzerne an. Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung soll Rentenkürzungen auffangen und bedeutet Lohnsenkungen.

Es ist keine andere Politik, d.h. eine Politik im Interesse der LohnarbeiterInnen, wenn Gewerkschaften für Lohnsenkungen eintreten

Arbeitszeiten

Wir brauchen keine längeren Arbeitszeiten, heißt es bei IG Metall und ver.di richtig.

Die andere Politik soll darin bestehen, „humanere Arbeitszeiten“, d.h. flexiblere und „beschäftigungsfördernde Arbeitszeiten“ zu verlangen, mit denen angeblich mehr Arbeitsplätze entstehen können.

Alternative zu Arbeitszeitverlängerung ist und bleibt aber die Arbeitszeitverkürzung, gerade jetzt. Wir können nicht unterstützen, dass dieses Ziel aufgegeben wird. Das ist keine andere Politik, sondern das Einschwenken auf die Interessen des Kapitals.

Wir treten für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ein.

Hartz IV

Der Kern von Hartz IV ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Weder die IG Metall noch ver.di fordern, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe rückgängig zu machen.

Das ist für uns völlig inakzeptabel. Hartz IV muss weg.

IG Metall und ver.di treten dafür ein, dass für Arbeitslose nur Tariflöhne bzw. ortsübliche Löhne zumutbar sein sollen. Das unterstützen wir.

Aber: immer mehr Tariflöhne liegen heute unterhalb des Existenzminimums.

Es ist richtig, Einkommen zu fordern, die zum Leben reichen. Wir sind aber der Meinung, dass dazu ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig ist. Er sollte unserer Meinung nach wenigstens zehn Euro brutto pro Stunde betragen. Notwendig ist ebenso ein Grundeinkommen für alle Erwerbslosen, das deutlich oberhalb der heutigen Sozialhilfe liegt.

Wir verlangen ausreichende Einkommen für Lohnabhängige und Erwerbslose auch nicht vor allem deshalb, um „mehr Kaufkraft“ zu erzeugen, damit Unternehmen mehr Waren verkaufen und höhere Gewinne machen können. Wir treten für die Grundinteressen der Lohnabhängigen ein, die denen des Kapitals entgegengesetzt sind.

Das Rhein-Main-Bündnis erklärt aus all diesen Gründen, dass wir die Unterschriftensammlung von IG Metall und ver.di nicht unterstützen können!

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, Unterschriften unter den Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau zu sammeln, in dem keine unzulässigen Zugeständnisse an die Politik der Bundesregierung und die Interessen des Kapitals gemacht werden.

Beschluss des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne

Frankfurt, den 15.09.2004

Das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne ruft auf:

Kommt am 2. Oktober nach Berlin, um dort gemeinsam gegen Hartz und Agenda 2010 zu demonstrieren!

Beteiligt Euch zahlreich an den Montagsdemonstrationen, damit der Druck von der Straße nicht nachlässt!

Organisiert Aktionen in den Betrieben bis hin zum Streik! Arbeitslose und LohnarbeiterInnen sind gleichermaßen von Sozialabbau und Lohndumping betroffen.

Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

c/o Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG SHI), Moselstr. 25, 60329 Frankfurt am Main

Fon: 0 69 - 27 22 08 96, Fax 0 69 - 27 22 08 97

E-Mail: info@rhein-main-buendnis.de; <http://www.rhein-main-buendnis.de>

Treffen jeweils am: 1. und 3. Mi. im Monat, 19.30 Uhr, in den Räumen der DIDIF, Leipziger Str. 69 (Hinterhof), Frankfurt